



Gewaltsames Verschwindenlassen in Buenaventura: Verschwiegen und Vergessen

von Julian Streit, PBI-Freiwilliger in Kolumbien

Fotos: Edu León

Bogotá, 18. 11. 2022

Die Isla Calavera (Totenkopfinsel) wirkt friedlich aus der sicheren Entfernung an diesem sonnigen Morgen im August, umspült vom sanft wiegenden Wasser der Mündung des San Antonio. Die Insel - aufgrund ihrer Artenvielfalt offiziell Isla Pájaros (Vogelinsel) genannt - liegt rund einen Kilometer südlich vor der Hafenstadt Buenaventura, in Sichtweite des Viertels Playita. Dort befindet sich die humanitäre Schutzzone Puente Nayero, wo wir auf die Suche nach verschwindene Personen (UBPD) warten, die wir auf die Insel begleiten sollen. Während des Wartens erzählt uns J, einer der Gründer der Schutzzone, über deren Ursprünge, die Hintergründe unseres Besuchs und weshalb die Insel unter den Einwohner*innen der Gegend Totenkopfinsel genannt wird: Während Jahrzehnten dienten ihre Mangrovenwälder bewaffneten Gruppierungen zur Entsorgung der sterblichen Überreste von hunderten gewaltsam verschwundenen Personen, deren Familien bis heute auf der Suche nach ihnen sind.

Die Berichte über die Gewalt, die Buenaventura bis heute fest im Griff hält, sind aufwühlend. Mit ruhiger Stimme schildert uns J. die Geschichte einer Stadt die von politischen Morden, Vertreibung und vom gewaltsamen Verschwindenlassen geprägt ist. An mehreren Orten befinden sich klandestine Massengräber, unter anderem in den Gewässern der San Antonio-Mündung. Vor diesem Hintergrund scheinen der ungebrochene Wille und die Widerstandskraft umso beeindruckender, mit der die

Bevölkerung der Gewalt entgegensteht und die Angehörigen die Suche nach den Verschwundenen allen Hindernissen zum Trotz fortsetzen. Unter den Organisationen, welche die Opfer dabei unterstützen, befinden sich zwei Organisationen, die von PBI begleitet werden: Die Fundación Nydia Erika Bautista (FNEB) und die Comisión Intereclesial de Justicia y Paz (J&P). Letztere haben im Dezember 2021 gemeinsam mit anderen Menschenrechts- und Opferhilfe-Organisationen erwirkt, dass Schutzmassnahmen für die San Antonio-Mündung verfügt wurden.

Hafenerweiterung behindert die Suche nach verschwundenen Personen

Die Mündung San Antonio steht gegenwärtig im Mittelpunkt eines Projekts zur Erweiterung des Hafens Buenaventuras. Die von der Sonderjustiz für den Frieden (JEP) verfügten Schutzmassnahmen verbieten jegliche Eingriffe im Gebiet. Der Ausbau einer Fahrrinne für Hochseeschiffe droht insbesondere jene Bereiche der Mündung irreversibel zu beschädigen, wo sterbliche Überreste von gewaltsam verschwundenen Personen vermutet werden. Die JEP verfügte erst im September dieses Jahres die Verlängerung der Schutzmassnahmen¹ und doch drängt die Zeit. Der Prozess der Suche nach den Opfern verläuft schleppend und die Angehörigen warten weiterhin auf Resultate. Die Politik hält aber den Druck zur Wiederaufnahme der Arbeiten an der Hafenerweiterung hoch².



Mit rund 400.000 Einwohnern und einem Hochseehafen, über den mehr als die Hälfte des Aussenhandels des Landes abgewickelt wird, ist Buenaventura der grösste urbane Ballungsraum der kolumbianischen Pazifikregion und einer der wichtigsten Wirtschaftsstandorte Kolumbiens³. Zugleich steht Buenaventura wie kaum eine andere Stadt für die Krisen, welche das Land bis in die Gegenwart beherrschen. Buenaventura ist geprägt von wirtschaftlicher Ungleichheit und der Präsenz bewaffneter

1 W-Radio: [JEP extiende medidas cautelares sobre Estero San Antonio de Buenaventura](#), 9. September 2022.

2 Diario Occidente: [Dragado en Buenaventura es una prioridad](#), 27. Juli 2022.

3 Comisión Intereclesial de Justicia y Paz, Mundubuat: [Buenaventura El Despojo para la Competitividad](#), Mai 2015.

Gruppierungen, welche die Stadt mit unsichtbaren Grenzen durchziehen, die für die Einwohner*innen zur allgegenwärtigen Todesfalle werden⁴. Es sind die Symptome eines Landes, dass seit Jahrzehnten keinen Ausweg aus einer anhaltenden Spirale der soziopolitischen Gewalt findet. In Buenaventura, wo 80% Prozent der Bevölkerung in Armut leben und davon die Hälfte in extremer Armut, ist die humanitäre Krise dabei längst zum Dauerzustand geworden⁵.



Strategische Lage für wirtschaftliche Interessen

Die jüngere Geschichte der Stadt ist eng mit ihrer strategischen Lage verbunden. Geschützt von einer weit verästelten Bucht liegt Buenaventura zwischen den Hängen der westlichen Andenkordillere und den Ufern des Pazifiks. Die umliegenden Landschaften verfügen nicht nur über eine weltweit einzigartige Biodiversität, sondern auch über eine Rohstoffvielfalt, welche immer wieder wirtschaftliche Interessen in die Region gelockt hat⁶. Die Bevölkerung Buenaventuras lebte derweil über Jahrzehnte von traditionellen Tätigkeiten wie der Fischerei und der Verarbeitung von Edelhölzern aus den umliegenden Tropenwäldern. Erst im Verlauf der 1990er Jahre nahm jene Entwicklung von zeitgleichem Wachstum und Niedergang Fahrt auf, die das Bild der Stadt nachhaltig verändern sollte. Eine entscheidende Zäsur war dabei, gemäss der kolumbianischen Wahrheitskommission, die Privatisierung des Hafens im Jahr 1991 im Zuge eines ordnungs- und strukturpolitischen Rückzugs des

4 El Espectador: [La violencia que se apoderó de Buenaventura](#), 2. September 2022.

5 Comisión Intereclesial de Justicia y Paz, Mundubuat: [Buenaventura El Despojo para la Competitividad](#), Mai 2015.

6 Der "Chocó Biogeográfico" erstreckt sich auf einer Fläche von 187.400 zwischen dem Norden Ecuadors und Panama. Mit über 2000 endemischen Arten beherbergt die Region verschiedene weltweit einzigartigen Ökosysteme, die gegenwärtig vor allem durch illegale Minen und Holzschlag gefährdet sind. WWF: [El Chocó biogeográfico colombiano apuesta por la sostenibilidad](#), 28. Juni 2020.

Staates aus der Region. Dieser sei ausschlaggebend dafür gewesen, dass sich in den nachfolgenden Jahren eine beispiellose Dynamik der Gewalt ausbreitete⁷.

Die 1990er Jahre waren in Kolumbien geprägt von der wirtschaftlichen Öffnung des Landes und dessen Anbindung an einen zunehmend schrankenlosen Welthandel. Diese Entwicklung führte in Buenaventura zwar innert kürzester Zeit zu einer substantiellen Vervielfachung der Direktinvestitionen in die Hafeninfrastruktur, liess aber gleichzeitig das historisch gewachsene Geflecht der lokalen Wirtschaft verkümmern⁸. Während sich die Wirtschaft der Region bald ausschliesslich auf den Hafen ausrichtete und sich der Staat weitestgehend zurückzog, stieg die Armut rasant an und die bewaffneten Konflikte, welche die Stadt bis anhin verschont hatten, erreichten auch Buenaventura⁹. Die exklusive Stellung der Hafenwirtschaft bestimmt bis heute die Geschäftslogik. Internationale Investitionen für gross angelegte Infrastrukturprojekte werden gezielt angelockt und führen im Regelfall zur Enteignung und Vertreibung von Angehörigen jener besonders vulnerablen ethnischen Gruppe, die mit 90% die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stellt: afrokolumbianische Gemeinschaften, welche vorwiegend als intern Vertriebene aus der Pazifikregion in der Stadt gelandet sind. Es sind auch die Angehörigen dieser Gemeinschaften welche die meisten Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens in Buenaventura zählen.



Über 1100 gewaltsam verschwundene Personen

Im Verlauf der 1990er Jahre errichtete die Guerilla der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC-EP) ihre territoriale Kontrolle in Buenaventura, die bis zum Einzug der paramilitärischen Vereinigten Selbstverteidigungseinheiten Kolumbiens (AUC) im Jahr 2000 anhielt. Mit der Ankunft der AUC

7 Comisión de la Verdad: [Buenaventura, un territorio lleno de contrastes](#), 16. September 2019.

8 Comisión de la Verdad: [Buenaventura, un territorio lleno de contrastes](#), 16. September 2019.

9 Comisión de la Verdad: [Buenaventura, un territorio lleno de contrastes](#), 16. September 2019.

erreichte die Gewalt in Buenaventura bislang unbekannte Ausmasse und führte gemäss JEP zu über 800 gewaltsam verschwundenen Personen¹⁰. Diese Zahlen reflektieren allerdings nur einen Teil der Verbrechen. Die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft zählt für den Zeitraum zwischen 1997 und 2021 über 1100 Opfer¹¹. Viele von ihnen wurden in sogenannte “Casas de Pique” verschleppt, Orte nahe dem Meeresufer, in denen bewaffnete Gruppierungen ihre Opfer foltern und zerstückeln, um sie dann in den Gewässern verschwinden zu lassen. Die Verbrechen werden gezielt vor aller Augen begangen, aber die Angehörigen der Opfer bleiben im Ungewissen über den Verbleib ihrer Nächsten. Dadurch soll jeglicher Widerstand gegen das Diktat der bewaffneten Gruppierungen im Keim erstickt werden. In der überwältigenden Mehrheit der Fälle folgt darauf eisernes Schweigen, insbesondere seitens der zuständigen Justizbehörden. Die Täter profitieren vom Klima der Straflosigkeit, während die Angehörigen der Opfer vom Staat sträflich im Stich gelassen werden und oftmals für den Rest ihres Lebens unter der Ungewissheit leiden, die sich über das Verschwinden ihrer Kinder, Eltern, Geschwister oder Lebenspartner*innen legt.



Organisierter Widerstand gegen den Ausbau des Hafens und das Vergessen um die Opfer

Das Schweigen um die Fälle gewaltsamen Verschwindenlassens dient in erster Linie den Interessen hinter den zahlreichen Infrastrukturprojekten im Rahmen des Ausbaus des Hafens. So etwa in der Mündung des San Antonio, wo unmittelbar vor dem Viertel Playita und der humanitären Schutzzone in den letzten Jahren ein Projekt zum Ausbau der Fahrrinne für Hochseeschiffe vorangetrieben wurde, die deren Zugang zu einem neu zu erschliessenden Teil des Hafens sicherstellen soll. Diesem Projekt widersetzt sich allerdings erfolgreich eine breite Front der Zivilgesellschaft, die sich seit Jahren öffentlich für die Aufklärung der Fälle gewaltsamen Verschwindenlassens in Buenaventura einsetzt.

10 Comisión de la Verdad: [Pacto por la búsqueda de las personas desaparecidas en Buenaventura](#), 12. April 2021.

11 El Espectador: [Los mapas de la desaparición forzada en Buenaventura](#), 30. April 2021.

Die Opferhilfe-Organisationen, die sich wie beispielsweise «Madres por la Vida» (Mütter für das Leben) zur Mehrheit aus Frauen zusammensetzen, sehen sich aufgrund ihres Aktivismus der öffentlichen Stigmatisierung sowie der Verfolgung und Gewalt durch bewaffnete Gruppierungen ausgesetzt. Sie, die Mütter, Ehepartnerinnen, Freundinnen, Schwestern und Töchter der gewaltsam Verschwundenen haben während Jahrzehnten des persönlichen Engagements unter ständigen Drohungen weder wirtschaftliche oder psychologische Unterstützung noch Schutz zu ihrer Sicherheit seitens des Staates erhalten. Dank ihrer Widerstandskraft an der Seite von Organisationen wie FNEB und J&P, wurden nun Schutzmassnahmen für die San Antonio-Mündung erreicht, die Arbeiten am Ausbau der Fahrrinne vorübergehend eingestellt und ein Mandat für die Unidad de Búsqueda de Personas dadas por Desaparecidas (Einheit zur Suche von Personen, die als Verschwunden gelten) erstellt.



Herausforderungen auf dem Weg zu Gerechtigkeit

Der Prozess der Suche ist jedoch von zahlreichen Schwierigkeiten geprägt. Die Bedingungen im Feld sind mühselig: Hohe Temperaturen, extreme Luftfeuchtigkeit und Mückenschwärme, die in den Mangrovensümpfen der Isla Calavera ideale Verhältnisse vorfinden, sorgen für beschwerliche Verhältnisse. Zudem birgt die geologische Beschaffenheit der Insel zahlreiche Tücken: Im Westen ist sie den Gehzeiten des Pazifiks ausgesetzt, wobei sie bei Flut vollständig unter Wasser gesetzt wird, während die Ebbe jegliche losen Gegenstände von der Stadt auf die Insel und von dort aufs offene Meer hinaus schwemmt. Im Süden führt der Fluss Río Dagua der Insel zudem konstant Sedimente zu, wodurch sich deren Landschaft fortlaufend verändert.

Die grösste Schwierigkeit besteht aber aus den bisher begrenzten Erfolgen beim Erstellen eines Registers verschwundener Personen, der Entnahme von Bodenproben, der Beweisführung sowie bei der Durchführung von systematischen Grabungen, was die Erfassung aller aufzuarbeitenden Fälle und die Beschleunigung der Suche erheblich beeinträchtigt. Auch liegt bisher kein stichhaltiger Plan vor, wie dem Risiko vorgebeugt werden kann, dass die sterblichen Überreste in den Gewässern der San

Antonio-Mündung Schaden nehmen und die Rechte der Angehörigen weiter verletzt werden. Die Schutzmassnahmen für die Mündung des San Antonio sind also die unabdingbare Mindestmassnahme, um die Suche nach den Opfern gewaltsamen Verschwindenlassens in Buenaventura weiter voranzutreiben. Es liegt nun an den in der Verfügung der JEP namentlich erwähnten Behörden, ihre Verantwortung umgehend wahrzunehmen, um das Recht der Angehörigen der Opfer auf Wahrheit, Wiedergutmachung und Garantie der Nicht-Wiederholung zu gewährleisten. Zu lange dauert das Schweigen um dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit bereits an und zu gross ist die Gefahr des Vergessens um die Opfer.